Deutscher Bundestag **Drucksache 14/9521**
14. Wahlperiode 25. 06. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (15. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dirk Fischer (Hamburg), Dr.-Ing. Dietmar Kansy, Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/5316 –

Neuer Schwung für das System Schiene

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag unter anderem beschließen solle, von der Bundesregierung zu fordern, dass sie die nötigen Initiativen für eine erfolgreiche Fortführung der Bahnreform dem Deutschen Bundestag umgehend vorlegt. In der Schienenverkehrspolitik sollen dabei die Bereiche System Schiene, der Bereich der in diesem System tätigen Bahnunternehmen im Wettbewerb und der Bereich der Verantwortung des Bundes als Alleineigentümer des Unternehmens DB AG getrennt werden. Die Bundesregierung soll hierfür umgehend ein schlüssiges Gesamtkonzept vorlegen, welches in dem Antrag genannte Handlungsfelder berücksichtigen soll.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktionen der FDP und PDS

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 14/5316 – abzulehnen.

Berlin, den 12. Juni 2002

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald Vorsitzender	**Karin Rehbock-Zureich** Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Karin Rehbock-Zureich

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 14/5316 in seiner 155. Sitzung am 8. März 2001 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung und an den Innenausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder, den Ausschuss für Tourismus, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag unter anderem beschließen solle, von der Bundesregierung zu fordern, dass sie die nötigen Initiativen für eine erfolgreiche Fortführung der Bahnreform dem Deutschen Bundestag umgehend vorlegt. In der Schienenverkehrspolitik sollen dabei die Bereiche System Schiene, der Bereich der in diesem System tätigen Bahnunternehmen im Wettbewerb und der Bereich der Verantwortung des Bundes als Alleineigentümer des Unternehmens DB AG getrennt werden. Die Bundesregierung soll hierfür umgehend ein schlüssiges Gesamtkonzept vorlegen, welches in dem Antrag genannte Handlungsfelder berücksichtigen soll.

III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat die Vorlage in seiner 60. Sitzung am 30. Mai 2001 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktionen der FDP und PDS, den Antrag abzulehnen.

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage in seiner 94. Sitzung am 4. April 2001 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktionen der FDP und PDS, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Vorlage in seiner 52. Sitzung am 9. Mai 2001 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktionen der FDP und PDS, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage in seiner 58. Sitzung am 16. Mai 2001 beraten hat und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss Angelegenheiten der neuen Länder** hat die Vorlage in seiner 60. Sitzung am 9. Mai 2001 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und des Vertreters der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung des Vertreters der Fraktion der PDS, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat die Vorlage in seiner 76. Sitzung am 23. Januar 2002 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP und Abwesenheit der Fraktion der PDS, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage in seiner 66. Sitzung am 28. März 2001 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP, den Antrag abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner 88. Sitzung am 7. November 2001 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS, den Antrag abzulehnen

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hat die Vorlage in seiner 87. Sitzung am 12. Juni 2002 zusammen mit dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/6440 und dem Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 14/6454 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktionen der FDP und PDS, den Antrag abzulehnen.

Die **Fraktion der SPD** führte aus, die Koalition habe dafür gesorgt, dass der Deutsche Bahn AG zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt würden, dass die Themen Trassenvergabe, Trassenpreise und Transparenz der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung auf die Tagesordnung gesetzt worden seien und dass eine beim Eisenbahnbundesamt eingerichtete Trassenagentur für diskriminierungsfreien Zugang zum Netz sorgen werde. Einerseits fordere die CDU/CSU – Fraktion eine Steigerung der Investitionsmittel, wolle aber andererseits eine Senkung der Staatsquote auf 40 %, was eine Kürzung der Investitionen für die Verkehrsinfrastruktur um eine Drittel zur Folge haben würde. Den Antrag lehne man ab, weil er sachlich und fachlich keine Grundlage habe.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, wenn man den Aufwand für die Bahn seit 1994 addiere, liege man knapp unter 400 Mrd. DM. Es sei mit einem enorm hohen Aufwand ein sehr geringer Ertrag erzielt worden. Das Ziel der Bahnreform, modal-split-Gewinne für die Schiene zu erzielen, sei nicht erreicht worden sei. Es sei mit der Bahnreform auch nicht gelungen, Wettbewerb zu erreichen. Auch das Ziel der Entlastung des Steuerzahlers sei nicht erreicht worden. Es gebe enormen Handlungsbedarf auf Bundesebene. Die Ziele seien klar definiert; über die Modelle zu ihrer Erreichung,

die weiteren Schritte und die zeitliche Abfolge und Dosierung der Maßnahmen müsse weiter diskutiert werden. Für sie sei klar, dass man bei den weiteren Reformen Störungen im Betriebsablauf vermeiden, die Sicherheit des Betriebs jederzeit gewährleisten und die Arbeitnehmerrechte beachten müsse, es aber insgesamt das Ziel sei, mehr und besseren Schienenverkehr und Sicherheit der Arbeitsplätze in diesem Bereich zu erreichen. Mit dem bisher Erreichten könne sich niemand zufrieden geben.

Die **Fraktion der FDP** vertrat die Auffassung, es sei ein Sofortprogramm erforderlich, um mehr Effizienz und mehr Wettbewerb auf der Schiene zu erreichen. Dies müsse in einem ersten Schritt mit der Herauslösung der Netz AG aus der Deutsche Bahn AG beginnen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** bekundete, sie sei jederzeit bereit, eine Grundsatzdebatte über die Zukunft der Bahn zu führen, aber nicht auf der Grundlage solch dürftiger Anträge, wie sie hier vorgelegt worden seien. Sie betonte, dass die Koalition die Haushaltsmittel für den Bahnbau erhöht und verstetigt habe.

Die **Fraktion der PDS** betonte, sie sei der Auffassung, dass der Staat, wie bei allen anderen Verkehrwegen, auch die Verantwortung für den Verkehrsweg Schiene haben müsse. Hinzukommen müsse, dass die finanzielle Ausstattung der Netzgesellschaft gewährleistet sein müsse und dass eine Grundsanierung des gesamten Netzes erfolge.

Berlin, den 12. Juni 2002

Karin Rehbock-Zureich
Berichterstatterin

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333